

*
*
*
*
*
*
*
*
*
*

OSKAR WEGGEL

Außenminister Shultz**in China***
*
* * * * *

Vom 2. bis 6. Februar 1983 besuchte der amerikanische Staatssekretär George Shultz die VR China, konferierte in drei Runden mit seinem Amtskollegen, Wu Xueqian, über die bilateralen Beziehungen sowie über internationale Fragen von gemeinsamem Interesse und traf auch mit Zhao Ziyang sowie mit Deng Xiaoping zusammen.

1. Meinungsverschiedenheiten

Die Gespräche verliefen, wie es immer wieder heißt, in einer freundlichen Atmosphäre, doch nahm diesmal vor allem die chinesische Seite kein Blatt vor den Mund und hob neben den Gemeinsamkeiten, wie sie beispielsweise in der Afghanistan- und Kambodscha-Frage bestehen, vor allem die Differenzen hervor.

1.1. Allgemeine außenpolitische Differenzen

Da sind zunächst Meinungsverschiedenheiten auf dem Gebiet der Außenpolitik, z.B. über die amerikanische Unterstützung Israels in Nahost, über die Südafrika- und Namibia-Politik, über den Versuch der Amerikaner, den Rückzug der kubanischen Truppen aus Angola mit der Gewährung der Unabhängigkeit an Namibia in Zusammenhang zu bringen (1), ferner die amerikanische El-Salvador-Politik, die Stationierung amerikanischer Truppen (und ihre gerade zu diesem Zeitpunkt stattfindenden Manöver) in Südkorea, die amerikanischen Weizenverkäufe an die Sowjetunion u.dgl. mehr.

1.2. Drei bilaterale Probleme

Im Zentrum freilich standen drei bilaterale Fragen, nämlich das "Schlüsselproblem" Taiwan, das Handelsdefizit der Chinesen (und in diesem Zusammenhang die ame-

rikanische "Diskriminierung" Chinas bei Textilimporten) sowie der Streit um amerikanische Anleihen aus der Qing-Zeit.

1.2.1. Die Schlüsselfrage Taiwan

Was die Taiwan-Frage anbelangt, so stört sich China nicht nur an den amerikanischen Waffenverkäufen (Lieferungen von Kampfflugzeugen des Typs F-104), sondern auch daran, daß hochrangige amerikanische Beamte an den Feiern zum "Doppelzehnten", d.h. dem Nationalfeiertag der Republik China (am 10. Oktober 1982), teilgenommen haben und daß die US-Regierung überdies dem "Koordinationskomitee für nordamerikanische Angelegenheiten" - in Wirklichkeit einer Kryptobotschaft Taiwans - die Genehmigung erteilt habe, in Boston eine "Dienststelle" einzurichten.

All diese Aktivitäten verstießen gegen die beiden Grundvereinbarungen Washingtons und Beijings, nämlich das Shanghai-Kommuniqué vom Februar 1972 und das Taiwan-bezogenen Kommuniqué vom 17. August 1982 (Näheres dazu in C.a., November 1982, S. 655 f.). In dem zuletzt genannten Dokument hätten die USA zugesagt, ihre Waffenverkäufe an Taiwan schrittweise zu reduzieren - ein Versprechen, das durch die jüngsten Lieferungen gebrochen worden sei. Auch die in der US-Politik de facto zum Ausdruck kommende Zwei-China-Politik widerspreche den Vereinbarungen von 1972 und 1982. Nach wie vor auch erweise sich das "Gesetz über die Beziehungen zu Taiwan", also der Taiwan Relations Act vom 10. April 1979 (dazu ausführlich C.a., April 1981, Ü 4) als Stolperstein auf dem Weg zu einer Besserung der beiderseitigen Beziehungen (2). Auch Zhao Ziyang betonte bei den Gesprächen, daß die Taiwan-Frage das "Haupthindernis" sei. In der amerikanischen Taiwan-Politik manifestiere sich eine gewisse Geringschätzung der VR China. Damit müsse Schluß gemacht werden. Beide Länder müßten ihre Beziehungen statt dessen auf den Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils entwickeln und dürften sich vor allem nicht in die inneren Angelegenheiten des jeweils anderen einmischen. Eine gesunde Entwicklung sei nur unter solchen Voraussetzungen möglich (3).

1.2.1.1. Taiwan-Frage und Gesichtsverlust

An dieser Stelle kommt einer der Zentralnervenstränge zum Vor-

schein, an dem China ganz besonders empfindlich ist. China fühlt sich m.a.W. von der Supermacht USA nicht ernst genommen und es fühlt sich darüber hinaus als bloße "Karte" im sino-sowjetischen Spiel mißbraucht. Hier geht es um das Gesicht, also um eine zumindest nach chinesischem Selbstverständnis ungemein bedeutsame Angelegenheit. Wahrscheinlich ist es gar nicht so sehr die Taiwan-Frage als solche, als vielmehr der mit der Taiwan-Frage den Politikern zugefügte Gesichtsverlust, der in Beijing so viel böses Blut macht und der die chinesische Propaganda dazu veranlaßt, die USA erneut als "Supermacht" einzustufen, d.h. also eine Macht, die zwei Merkmale aufweist, nämlich einerseits gewaltige Stärke und zweitens den Willen, diese Stärke zuungunsten anderer zu mißbrauchen.

1.2.1.2. "Die dunklen Wolken vertreiben"; Vertrauen wiederherstellen; "China besser verstehen lernen"

George Shultz hatte es als sein wichtigstes Ziel bezeichnet, das gestörte Vertrauensverhältnis zu beseitigen und den "mutual trust" wiederherzustellen, also den Dialog wieder aufzunehmen, der den Interessen unserer beiden Völker so gute Dienste geleistet hat". Die chinesische Seite erwiderte darauf, daß sich ein solches gegenseitiges Vertrauen kaum wiederherstellen lasse, solange die USA an ihrer gegenwärtigen Taiwan-Politik festhielten (4). Nur eine strikte Befolgung des Kommuniqués vom 17. August 1982 könne eine Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen dienen. Am besten sollte auch der Taiwan Relations Act rückgängig gemacht werden.

1.2.2. Hürden im Außenhandel; der Streit um Textilquoten

Ein weiteres Problem im bilateralen Verhältnis sind die "Hemmnisse" im chinesisch-amerikanischen Handel. Zhao Ziyang betonte bei einer Pressekonferenz mit einem amerikanischen Journalisten, daß China im vergangenen Jahrzehnt gegenüber den USA 10 Mrd. US\$ Schulden gemacht habe und daß die chinesischen Versuche, einen Teil dieser Schulden mit Hilfe von Textilexporten zu begleichen, von amerikanischer Seite behindert würden (5).

Die chinesisch-amerikanische Vereinbarung über den Textilhandel von 1980, die erste ihrer Art, war am 31. Dezember 1982 abgelau-
fen. An ihre Stelle sollte ab 1. Ja-

nuar 1983 eine neue Vereinbarung treten, weshalb im August, September und Oktober 1982 drei Gesprächsrunden in Beijing und Washington stattfanden. Die vierte Gesprächsrunde, die im Dezember 1982 beginnen sollte, konnte nicht zum vorgesehenen Zeitpunkt stattfinden, da die amerikanische Seite Bedingungen stellte, die von China als nicht akzeptabel betrachtet wurden. Die amerikanische Seite bestand nämlich nicht nur auf einer Reduzierung der chinesischen Textilausfuhr, sondern forderte von China weitere Konzessionen, die den chinesischen Export in die USA noch weiter reduziert hätten. U.a. sollte die Exportverbotsliste auf 28 Kategorien erhöht werden.

Verärgert erklärte die chinesische Seite daraufhin am 19. Januar 1983, daß China ab sofort seine Importgenehmigungen für amerikanische Baumwolle, Chemiefasern und Sojabohnen zurücknehme und den Import anderer amerikanischer Agrarprodukte reduziere.

Aus China stammten nur 6% der gesamten amerikanischen Textilimporte. Wenn diese Quote noch weiter verringert werde, fühle sich die Volksrepublik diskriminiert und sei zu Gegenmaßnahmen gezwungen (6).

1.2.3.

Der Streit um die Huguang-Eisenbahnaktion

Der dritte Punkt betrifft eher ein Kuriosum. Außenminister Wu Xueqian legte seinem Amtskollegen Shultz ein Memorandum des chinesischen Außenministeriums über die sog. "Huguang-Eisenbahnleihen" vor. Am 1. September 1982 hatte ein amerikanisches Lokalgericht gegen die VR China ein "Urteil in Abwesenheit" gefällt und die chinesische Regierung dazu verurteilt, neun amerikanischen Anleihebesitzern die Summe von 41,3 Mio. US\$ auszuzahlen.

Die Huguang-Eisenbahnleihen waren von der Qing-Regierung im letzten Jahr ihres Bestehens, nämlich i.J. 1911, ausgeben worden, und zwar zum Zweck des Baus der Guangdong-Hankou-Eisenbahnstrecke. Bereits im November 1979 hatten neun Amerikaner, Käufer der oben erwähnten Anleihen, bei einem Lokalgericht im Bundesstaat Alabama eine Klage gegen die Volksrepublik auf Rückzahlung von Kapital und Zinsen erhoben.

In dem an Shultz übergebenen Memorandum heißt es, es sei ein seit langem bestehendes Prinzip des Völkerrechts, daß vergangene Schulden nicht vererbt würden.

Und weiter: "Die sog. "Huguang-Eisenbahnleihen waren eins der Mittel, mit denen die landesverräterische Qing-Regierung in Kooperation mit den imperialistischen Mächten, die China in Einflusssphären aufzuteilen versuchten, die Unterdrückung und Plünderung des chinesischen Volkes intensivierte, um ihre reaktionäre Herrschaft aufrechtzuerhalten und das Volk zu unterdrücken. Es ist selbstverständlich, daß sich die chinesische Regierung weigert, solche alten Schulden anzuerkennen. Dieser Standpunkt der chinesischen Regierung entspricht völlig den Prinzipien des Völkerrechts und hat eine rechtmäßige Grundlage... Daß ein Lokalgericht in den USA eine Klage gegen einen souveränen Staat führt und ihn der eigenen Jurisdiktion unterstellt, ein Urteil in Abwesenheit fällt und sogar mit der Zwangsdurchsetzung des Urteils droht, verletzt das Prinzip der souveränen Gleichberechtigung aller Staaten des Völkerrechts und die UNO-Charta. Würden die USA dem Völkerrecht trotzen, mit Zwang das oben erwähnte Urteil durchführen und chinesisches Eigentum in den USA beschlagnahmen, so würde sich die chinesische Regierung das Recht vorbehalten, ihrerseits entsprechende Maßnahmen zu treffen" (7).

2. Gemeinsamkeiten

2.1. Parallele strategische Interessen

Soweit die Streitigkeiten. Im übrigen aber scheint es weitgehend Übereinstimmung gegeben zu haben, so beispielsweise bei der Feststellung gemeinsamer und paralleler strategischer Interessen. Auch die militärischen Kontakte wurden wieder aufgenommen. Es wurde bekannt, daß Shultz und Verteidigungsminister Zhang Aiping die Errichtung einer gemeinsamen Kommission beider Verteidigungsministerien zum Studium einer möglichen Zusammenarbeit in den Bereichen Logistik, Militärmedizin und militärischer Ausbildung vereinbart haben. Die Frage von Waffenverkäufen ist dagegen offensichtlich nicht berührt worden. Demnächst soll Verteidigungsminister Weinberger die VR China besuchen. Vielleicht wird dann an die früheren Waffenverkaufsangebote der Reagan-Administration wiederangeknüpft (8).

Während seines China-Besuchs traf Shultz - zur Freude der Chinesen - auch mit Sihanouk zusammen.

2.2. Schaffung "stabiler Beziehungen" auch in nichtpolitischem Bereich

Einig waren sich beide Seiten offensichtlich auch über die Nützlichkeit der vielseitigen Beziehungen auf wissenschaftlichem, kulturellem und technologischem Gebiet (Einzelheiten dazu in C.a., November 1982, S.656 f.). In diesem Zusammenhang war das Zusammentreffen von Shultz mit dem Leiter der Wissenschaftskommission, Fang Yi, interessant (9).

Einigkeit ferner auch darin, daß das "Vertrauensklima" zwischen den beiden Regierungen wieder verbessert werden müsse; auf dem Gebiet der Volksdiplomatie ist es ohnehin vorhanden! Vor allem werden die USA in sich gehen und ihre "arrogante" Haltung gegenüber China aufgeben müssen - hier liegt ja, wie oben bereits erwähnt, der vielleicht wundeste Punkt im beiderseitigen Verhältnis. Beijing erwartet gerade hier Taten und nicht nur Worte.

2.3.

China möchte künftig eine "unabhängigere" Politik betreiben

Im übrigen haben sich die Amerikaner - auch dies ein Punkt der Einigung - offensichtlich seufzend damit abgefunden, daß China in Zukunft eine unabhängigere Außenpolitik führen möchte, die u.a. auch eine gewisse "Normalisierung" der sowjetisch-chinesischen Beziehungen zulassen wird.

Mit den Vorstellungen einer wachsenden "Unabhängigkeit" der Außenpolitik verbindet sich offensichtlich auch der Nebengedanke, daß China nicht nur von anderen als Karte ausgespielt wird, sondern daß die Volksrepublik ihrerseits von Zeit zu Zeit die sowjetische oder die amerikanische Karte spielen möchte.

Anmerkungen:

- 1) XNA, 7.2.83.
- 2) XNA, 7.2.83.
- 3) XNA, 4.2.83.
- 4) XNA, 6.2.83.
- 5) XNA, 5.2.83.
- 6) RMRB, 16.1.83.
- 7) XNA, 9.2.83.
- 8) IHT, 5.2.83.
- 9) XNA, 3.2.83.